

AKTUELL

NEUES ASBL-GESETZ

Verschlimmbessert

Richard Graf

Das über achtzig Jahre alte Gesetz über die „association sans but lucratif“ wird reformiert und soll das Vereinsleben transparenter machen.

Luxemburgs Gesetzgeber haben es gerne einfach. Steht mal wieder eine Reform ins Haus, braucht man lediglich über den Grenzzaun zu schauen und nachzusehen, was die Kollegen in Frankreich oder Belgien für die Lösung ihrer Reformprobleme zustande gebracht haben. Mit ein bisschen Glück lassen sich so auf die Schnelle Gesetze schaffen, die ihre juristische Feuertaufe bereits bestanden haben. Allerdings klappt dieses Verfahren nur so gut, wie die Gesetze, die bei unseren Nachbarn verabschiedet werden, auch für die Luxemburger Gegebenheiten kohärent und praktikabel sind. Von dem alten, ebenfalls in Belgien abgekupferten „asbl“-Gesetz, konnte man das mit Sicherheit nicht behaupten.

Der Reformentwurf mit der Nummer 6054, der Anfang Juli in der Chamber deponiert wurde, liest sich aber keinesfalls einfacher als der alte Text. Er ist mit nunmehr 72 Artikeln auch um mehr als 20 Artikel länger geraten als die Vorgängerfassung. Vor manchen Passagen werden Nichtjuristen glatt kapitulieren. Immerhin versucht der neue Text, einige in der Vergangenheit umstrittene Probleme, wie etwa das genaue Datum, ab dem eine „asbl“ als Rechtsperson auftreten kann, oder wie weit mit Dritten getroffene Vereinbarungen Gültigkeit haben, juristisch klarer zu gestalten. Er tut dies allerdings auf Kosten basisdemokratischer Grundsätze: Der Verwaltungsrat und gegebenenfalls die Geschäftsführer werden in ihrer Rolle gestärkt. Letztere werden mit Befugnissen ausgestattet, wie sie bei kommerziellen Gesellschaften gelten.

Gescheit abschreiben ist übrigens nicht so ganz einfach: Wenn es etwa heißt, dass abwesende Mitglieder einer asbl auf einer Hauptversammlung ihr Stimmrecht an ein anderes Mitglied abtreten können, klingt das durchaus praktikabel - doch wenn im gleichen Abschnitt präzisiert wird, dass ein anwesendes Mitglied höchstens ein Prozent der Mitglieder vertreten kann, dann zeugt das von Unkenntnis der Luxemburger Vereinslandschaft. Denn die dürfte wohl zu 90 Prozent aus Vereinen bestehen, die weniger als 100 Mitglieder zählen. Hier wird das

Stellvertreterprinzip schlichtweg unmöglich gemacht.

Überhaupt scheinen die Autoren des Gesetzesprojektes sich wenig mit der Luxemburger Realität beschäftigt zu haben. Gerade die Dimensionen und der Grad der Professionalisierung der Luxemburger Vereine unterscheiden sich erheblich von den Bedingungen, die in unseren Nachbarländern vorherrschen. Während das reformierte belgische Gesetz von 2002 immerhin noch drei Abstufungen bei der Größe der asbls vorsieht, spricht das Luxemburger Gesetz nur von zwei asbl-Typen mit den Größen: zehn hauptamtliche Mitarbeiter, eine Million Einnahmen und drei Millionen Bilanzsumme als Grenzkriterium. Ebenso wird für die „kleineren“ belgischen Vereinigungen eine einfache Einnahmen/Ausgaben-Buchhaltung als ausreichend angesehen, während die Luxemburger Gesetzesautoren sämtlichen asbls eine doppelte Buchhaltung zur Pflicht machen wollen.

Für die zahlreichen kleineren Luxemburger Vereine dürfte die doppelte Buchhaltung zum Problem werden, denn sie ist nur sinnvoll, wenn ein Verein über größere Guthaben verfügt oder längerfristige Konventionen mit Dritten eingeht. Der Abschluss der Jahreskonten wird, verglichen mit dem belgischen Gesetz, ebenfalls strenger ausgelegt: Während sich dort die Vereine ein halbes Jahr Zeit lassen können, um ihre Buchhaltung abzuschließen, soll das in Luxemburg innerhalb der ersten vier Monate jedes neuen Jahres passieren. Eine löbliche Absicht, doch werden viele Vereinigungen sich mit dieser bürokratischen Auflage schwer tun und in die Gefahr geraten, früher oder später ihr Statut wegen Nichterfüllung der Bedingung zu verlieren.

Die Gesetzesvorlage mag handwerklich korrekt ausgeführt sein, doch hätte es nicht geschadet, die Reform schon in der Vorbereitungsphase von den Betroffenen diskutieren zu lassen. Denn allein eine an die Realität angepasste Hierarchisierung der asbls würde erlauben, die bürokratischen Daumenschrauben gezielt da anzusetzen, wo ein positiver Effekt erwartet werden kann. Einige der aktiven Vereinigungen haben sich jetzt als Arbeitsgruppe zusammengeschlossen und werden versuchen, dieses Versäumnis nachzuholen.

SHORT NEWS

Modert, Back in Trouble

Décidément, les député-e-s du parti libéral veulent la peau d'Octavie Modert, la nouvelle ministre de la culture. Après avoir demandé une interpellation au gouvernement au sujet du Musée de la Forteresse (voir woxx 1018), projet aussi faramineux que brouillon, la députée Anne Brasseur a trouvé un autre cadavre dans les placards du ministère. Il s'agit de l'asbl para-administrative « Roots and Leaves Association » qui est en charge du « Luxembourg American Cultural Center » à Belgium dans l'Etat du Wisconsin américain. Ledit centre vient d'être inauguré avec grand bling-bling et altesses royales à la clé. Le problème semble être son financement. Dans son rapport spécial de juillet 2008, particulièrement sévère à l'égard du ministère de la culture, la cour des comptes estime qu'en tant qu'asbl para-administrative, elle « est en principe à considérer comme un pouvoir adjudicateur public et (...) soumis à la législation sur les marchés publics ». Brasseur veut savoir si les règles ont été respectées lors de la constitution du centre et surtout, quel montant de subventions cette association a engrangé depuis la convention avec le ministère en décembre 2006. Convention obtenue en temps record d'ailleurs, puisque l'asbl n'a été fondée qu'en octobre 2006. Mais avec un Georges Calteux, ancien directeur des Sites et monuments, au conseil d'administration, la bureaucratie semble rouler plus vite...

Standards der Palliativversorgung

Der neue alte Gesundheitsminister Mars di Bartolomeo ist gefordert: Mill Majerus, CSV-Abgeordneter und neuer Präsident von Omega 90, stellt in seiner rezenten parlamentarischen Anfrage fest, dass bei der derzeitigen Handhabung des nationalen Gesetzes über die Palliativversorgung und seiner Ausführbestimmungen die ambulanten Betreuungsnetze nicht in der Lage sind, eine der Weltgesundheitsorganisation entsprechende, qualitativ hochwertige Versorgung zu gewährleisten. Die Gesundheitskasse biete etwa für die ambulante Pflege krebskranker Patienten in der Terminalphase weniger finanzielle Ressourcen an als für die Betreuung Schwerstpflegebedürftiger im Rahmen der Pflegeversicherung. Aus diesem Grunde will Majerus vom Gesundheitsminister die Leistungsangebote einer qualitativ hochwertigen Palliativversorgung näher präzisiert und die Möglichkeiten einer finanziellen Absicherung über den Weg der Sozialversicherung geprüft haben.

ABBLabla contre charabia

Aux petits déjeuners de presse de l'Association des banques et banquiers (ABBL), il y a à boire et à manger et pas seulement au sens propre. Ainsi son directeur Jean-Jacques Rommes, interrogé sur l'impact des nouvelles conventions fiscales sur la place, a répondu tout en nuances : « On ne vit pas de la fraude fiscale qui s'arrêterait à cause de ces conventions. » Selon lui, le private banking devra faire valoir d'autres arguments que le seul secret bancaire : « Les épargnants allemands ou français n'afflueront plus tout seul comme cela a pu être le cas durant les années 80. » Si l'aveu que le Luxembourg a été un paradis fiscal ne semble pas le gêner, il en va différemment de ce même constat à l'indicatif présent. Rommes qualifie l'étude dénonçant le rôle de la place dans l'évasion fiscale Sud-Nord (woxx 1016) de « charabia », tout en s'affirmant ouvert au dialogue sur ce sujet. Modérément inquiet des demandes franco-allemandes d'un échange automatique d'informations - la véritable fin du secret bancaire - il se fait bien plus de soucis pour la finance mondiale : à défaut de restreindre efficacement les investissements spéculatifs, nous risquons « une répétition du scénario catastrophe ». De la bouche d'un banquier, voilà qui est peu rassurant.